



## **Bekanntmachung**

**des Präsidenten  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**10. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 11. bis 13. März 2012 in Kiel**

Das 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat in Kiel eine Schlussresolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

**Klaus Schlie**



10. PARLAMENTSFORUM SÜDLICHE OSTSEE



REGIONALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE  
„SÜDLICHE OSTSEE 2020“

**Schlussresolution**

11.-13. März 2012  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Kiel

**Regionale Entwicklungsstrategie „Südliche Ostsee 2020“****Resolution  
des  
10. Parlamentsforums Südliche Ostsee  
vom 11.-13. März 2012  
in Kiel**

Im Mittelpunkt der Beratungen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 11.-13. März 2012 in Kiel stand die Umsetzung der Ziele von „Europa 2020“ in regionale Entwicklungsstrategien durch die beteiligten Partnerregionen.

Der Fokus lag auf Bildung und Beschäftigung sowie nachhaltigem Wachstum unter Einbeziehung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und territorialen Dimension.

Die Aussagen zu green growth sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz ([www.bspc.net](http://www.bspc.net)) einfließen.

Das Parlamentsforum hat gemeinsame Leitlinien formuliert mit dem Ziel, die Südliche Ostsee als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen zu positionieren.

Die Schlussresolution des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee formuliert Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu ausgewählten Schwerpunktthemen (Bildung und Beschäftigung, green growth, Reform der EU-Strukturfonds). Adressaten sind die jeweils verantwortlichen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems. Dazu zählen im einzelnen: Das europäische Parlament und die EU-Kommission, Institutionen im Ostseeraum (Ostseerat, HELCOM, VASAB), Internationale Organisationen (IMO), die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee.

Dafür sehen die beteiligten Regionen folgenden Handlungsbedarf:

**I. Regionalentwicklung Südliche Ostsee  
- Leitlinien und best-practice Beispiele -****1. Bildung und Beschäftigung**

- Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung – „ET 2020“ (2009/C 119/02) der EU-Bildungsminister ist als Leitlinie zur Entwicklung der Südlichen Ostsee heranzuziehen.

- Der Übergang von der Schule an die Hochschule und die Wahl des Studienfaches sind durch Konzepte für besseres Lernen und Lehren wie Brückenkurse zwischen Schule und Hochschule, Betreuung und Orientierungshilfe für Studierende (Studienberatung, Tutorenbetreuung), Weiterbildung für Dozenten und Professoren zu erleichtern.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee empfiehlt, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen noch weiter zu intensivieren und abzustimmen.
- Partnerschaften und Austausch von Schulen in Kooperation mit dem Baltic Sea Labour Forum sind der richtige Weg hin zu mehr Mobilität und einem integrativen Arbeits- und Wissensraum. Der Übergang von der Schule in den Beruf und der Übergang von der Schule in die Hochschule sind zentrale Herausforderungen. Das Forum kommt überein, sich über die in den Regionen bereits bestehenden Konzepte und Projekte im Rahmen von best practice auszutauschen.
- Um den Zugang zum Arbeitsmarkt für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppen europaweit zu erleichtern, vereinbaren die im Parlamentsforum Südliche Ostsee vertretenen Regionen, an gemeinsamen Konzepten zu arbeiten. Dazu gehört auch, die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und erworbenen Sozialversicherungsansprüchen zu vereinfachen.
- Im Rahmen des „Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ (32011D0940 und SEC (2010)1002 final vom 6.9.2010) sind Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln.
- Es ist notwendig, bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Bildungslandschaft, die spezifische Situation der ländlichen Räume gesondert zu berücksichtigen und diese Räume besonders zu fördern.
- Für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik sind neben quantitativen auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen und europaweit zu verwirklichen.

## **2. Nachhaltiges Wachstum (green growth)**

Im Hinblick auf die Endlichkeit fossiler Ressourcen und vor dem Hintergrund der zu erwartenden Folgen des Klimawandels ist der Umbau der Wirtschaft insgesamt in Richtung auf eine ressourcenschonende Ökonomie anzustreben. Bei diesem Umbau sollte den Regionen eine wesentliche Rolle zukommen. Die diesbezüglichen Aussagen knüpfen insbesondere an die Beschlüsse des 6. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kolberg zur Energiepolitik, die Beschlüsse des 4. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Elbing zur Integrierten EU-Meerpolitik sowie an die Beschlüsse des 2., 3. und 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Misdroy, Binz und Danzig zur Tourismuspolitik sowie des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin zur Ostseestrategie an. Diese sind weiterhin gültig.

### 2.1 Erneuerbare Energien

- Für den notwendigen Umbau der Energieversorgung sind sowohl eine bessere europaweite Vernetzung als auch der Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen auf der Grundlage Erneuerbarer Energien erforderlich. In der EU müssen der Energiebinnenmarkt durch eine bessere grenzüberschreitende Vernetzung weiterentwickelt, die Versorgungssicherheit erhöht und Möglichkeiten für einen kosteneffizienteren Transport erneuerbarer Energien eröffnet werden.

- Um Schwankungen von Angebot und Nachfrage in der Energieversorgung besser auszugleichen, sieht es das Parlamentsforum Südliche Ostsee als notwendig an, im Rahmen der zukünftigen Ausrichtung der EU-Forschungsförderung einen Schwerpunkt bei der Entwicklung effizienter und innovativer Lösungen zur Energieerzeugung und –speicherung unter Einsatz moderner Effizienz- und Informationstechnologien zu setzen.

- Um die Potenziale der Regionen für Erneuerbare Energien voll auszuschöpfen, bedarf es auch weiterhin einer begleitenden regionalen bzw. nationalen Rahmensetzung, die der technischen Entwicklung sowie den energiepolitischen Erfordernissen fortlaufend anzupassen ist und auch der Kosteneffizienz der einzelnen Energieerzeugungstechnologien Rechnung trägt.

## 2.2 Ressourceneffiziente Ökonomie

Am 20.09.2011 hat die Europäische Kommission ergänzend zu ihrer am 26.01.2011 veröffentlichten Mitteilung „Ressourcenschonendes Europa - eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020“ einen konkreten Fahrplan für eine nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 vorgestellt.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Europäischen Kommission für ein Ressourcen schonendes Europa und sieht dabei in zentralen Bereichen wie z.B. Wohnen, Mobilität und Lebensmittelerzeugung folgende Herausforderungen:

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt Projekte, die energetische Wohngebäudesanierung mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten, der Modernisierung der Energieversorgungsinfrastruktur, der Wohnumfeldverbesserung und der Identifikation von innovativen Finanzierungsinstrumenten verbinden, denn sie zeigen, dass der Wohnungssektor im Ostseeraum weit reichende Möglichkeiten zur Energieeinsparung bietet.

- Der Bereich der individuellen Mobilität hat einen erheblichen Anteil am Energieverbrauch und trägt stark zur Emission klimarelevanter Gase bei. Ein gut ausgebautes und allen Menschen Mobilität ermöglichendes, nachhaltiges Verkehrsnetz ist ein zentraler Teil der gesellschaftspolitischen Herausforderungen für die Zukunft des südlichen Ostseeraums.

- Weil das Schiff ein umweltverträgliches Transportmittel ist und zur weiteren Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Ostseeregion beiträgt, hat die Verlagerung der Verkehre von der Straße auf die Hochsee- und Binnenschifffahrt weiterhin oberste Priorität. Die bereits auf den Weg gebrachten Initiativen für „saubere Schifffahrt“ sind modellhaft für die Verknüpfung von Umweltschutz und Innovation. Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der Vorgaben für die Ostsee gegenüber anderen Meeresgebieten sind zu vermeiden.

- Bei der Beurteilung der Ressourceneffizienz der landwirtschaftlichen Produktion sind alle die Ökobilanz beeinflussenden Faktoren für die Erzeugung, den Transport und die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte mit in die Kalkulation einzubeziehen.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee bekennt sich zu dem Ziel der schonenden Verwendung endlicher Ressourcen in den genannten Sektoren und setzt sich ein für die Einführung von Rechtsvorschriften, die entsprechende Ausrichtung von Finanzierungsinstrumenten und die Förderung der Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch durch Informations- und Bildungsmaßnahmen.

### 2.3 Nachhaltiger Tourismus

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee bekennt sich zu einem nachhaltigen Tourismus.

- Mobilität ist die Herausforderung Nr. 1 für den Tourismus in der südlichen Ostsee. Das bedeutet, dass Tourismusregionen die Frage der Erreichbarkeit jenseits des Individualverkehrs für sich und vor allem für die Reisenden zufriedenstellend beantworten müssen.

- Die handwerkliche Fischereiwirtschaft soll gefördert und Möglichkeiten, in die ökologischen Formen des maritimen Tourismus zu investieren, sollen verbessert werden.

- Die Inanspruchnahme schützenswerter Naturgebiete durch Tourismusaktivitäten ist im Hinblick auf die Grenze der Belastungsfähigkeit dieser Gebiete und gemeinsam festgelegte Grundsätze zur Raumordnung zu regulieren.

### 2.4 Integrierte Maritime Politik

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt die EU-Kommission bei ihrem Vorhaben, für eine erfolgreiche Integrierte Maritime Politik ein stärker integriertes Meereswissens-Netzwerk (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt, etc.) aufzubauen, da den Regionen beim Monitoring und der Nutzung der Daten eine vorrangige Rolle zukommt.

- Für die Konkurrenzfähigkeit der maritimen Wirtschaft im globalen Wettbewerb bedarf es vermehrt anwendungsbezogener Forschung und Innovation, um Kompetenzen in den Bereichen Schiffssicherheit, Energie-Effizienz, Emissionsreduzierung, alternative Schiffsantriebe und erneuerbare Energie zu entwickeln und zu vermarkten.

- Im Hinblick auf die nachhaltige Nutzung der maritimen Umwelt sind gemeinsame Ziele der maritimen Raumplanungspolitik - unter Einbeziehung der Leitlinien von VASAB (Konferenz der auf nationaler Ebene zuständigen Minister für die Raumplanung) - für die Regionen in der südlichen Ostsee zu erarbeiten und umzusetzen.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt das Ansinnen der EU-Kommission durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik diese stärker an dem Ziel der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit auszurichten. Für die Regionen der südlichen Ostsee ist dabei von besonderer Bedeutung, dass sowohl den Interessen der handwerklichen Fischereiwirtschaft als auch dem Schutz der Meeresumwelt ausreichend Rechnung getragen wird.

- Die Gammelfischerei soll eingeschränkt und letztendlich abgeschafft werden. Die maximale Größe der Fischereischiffe auf der Ostsee soll überprüft werden.

## **II. Reform der EU-Strukturpolitik für die Programmplanungsperiode 2014 - 2020**

- Angesichts der im Rahmen von Europa 2020 vorgeschlagenen Prioritäten müssen die Regionen auch bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik über ausreichende Kompetenzen verfügen, um mit diesem effizienten Werkzeug Lösungen für regionalspezifische Probleme finden und regionale Entwicklungspotentiale gestalten zu können.
- Die Regionen müssen bei der Festlegung der Strategien und Prioritäten der zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten auszuhandelnden Partnerschaftsverträge angemessen beteiligt werden.
- Die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen sind aufgefordert, die Komplexität der Vorschläge zur Reform der Strukturfonds, die Zunahme an zu koordinierenden Programmebenen (Gemeinsamer Strategischer Rahmen, Partnerschaftsverträge, Nationale Rahmenprogramme, Operationelle Programme) und Politikbereiche (Kohäsionspolitik, Wachstums- und Stabilitätspakt) und die letztlich daraus resultierende Zunahme an Kontroll- und Berichtspflichten entsprechend ihrer eigenen Zielsetzung so zu verringern, dass der bürokratische Aufwand für die Verwaltung der EU-Strukturfonds minimiert wird.
- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Europäischen Parlament für die im Rahmen der Umsetzung der Ostseestrategie gewährte Technische Hilfe und sieht eine entsprechende zukünftige Unterstützung als notwendig an.
- Im Rahmen der Kohäsionspolitik sind ab dem Jahr 2014 die im Bereich der operationellen Programme durch die Programmverantwortlichen für die Umsetzung der Ziele der EU-Ostseestrategie festzulegen, da Interreg allein nicht allen Anforderungen gerecht werden kann.
- Das für das Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) zur Auswahl stehende Themenmenü (sog. Investitionsprioritäten) ist zu stark eingeschränkt. Klassische Themen der Regionalförderung, die derzeit die Schwerpunkte der Interreg-Förderung bilden, wie z.B. Tourismus, Kultur, Sprache und Stadt-Land-Zusammenarbeit scheinen nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt förderfähig zu sein. Die ETZ-Verordnung sollte durch einen eigenen, umfassenden Themenkatalog ergänzt werden und nicht wie vorgesehen auf die Anwendung des EFRE Katalogs verweisen.
- Der Tourismus sollte als ein wichtiger Wirtschaftszweig weiterhin über den Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) förderfähig sein.
- Insbesondere Infrastrukturförderungen, die einen Beitrag zu den Zielen der Europa 2020-Strategie leisten können, sind erforderlich. Dazu gehören: Investitionen in Infrastrukturen, die eine Verlagerung von Verkehrsströmen von der Straße auf die

Schiene und die Hochsee- und Binnenschifffahrt bewirken, Investitionen, die zur Erschließung der Potenziale der erneuerbaren Energien dienen, Investitionen in moderne IKT-Infrastrukturen wie z.B. Glasfasernetze, Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastrukturen wie z.B. Gewerbegebiete und Investitionen in die touristische Infrastruktur.

- Um der Abwanderung und demographischen Entwicklung in strukturschwachen Gebieten zu begegnen, ist eine möglichst enge Abstimmung zwischen den Europäischen Strukturfonds und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) erforderlich.

- Die Regelungen des Europäischen Landwirtschaftsfonds hinsichtlich der Zielgebietseinteilung, der Kofinanzierungssätze und der förderfähigen Kosten sind mit den Bedingungen für den Europäischen Regionalfonds zu harmonisieren. Private Mittel sind als nationale Kofinanzierung anzurechnen.

- Für den Einsatz von revolvingierenden Fonds als ein Instrument zur Neuausrichtung der Förderpolitik sprechen folgende Vorteile: die zeitliche Optimierung von Investitionen (keine strenge Bindung der Fördermittel an Haushaltsjahre), die bessere Risikoselektion von Projekten (Selbstselektion der Unternehmer) und der Beitrag der zinsverbilligten Darlehen zur Überwindung von Eigenkapitalknappheit.

- Die im Zuge der Reform der Strukturfonds geplanten Konditionalitäten und Anreize werden grundsätzlich kritisch betrachtet. Den Regionen sollten keine Verpflichtungen zu strukturellen und institutionellen Reformen als Bedingung für die Zuweisung von Strukturfondsmitteln auferlegt werden. Die Zuweisung der Mittel darf nicht von der Erfüllung von Vorgaben abhängen, die die Regionen nicht beeinflussen können, wie z.B. die Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

### **III. Südliche Ostsee der Zukunft : grüner, blauer, bunter - ein innovativer Wachstumsraum**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee kommt vor dem Hintergrund seiner langjährigen Zusammenarbeit überein, die Politik in der Südlichen Ostsee grüner (nachhaltiges Wachstum bei nachhaltiger Haushaltsplanung), blauer (Integrierte Maritime Politik) und bunter (innovativ und in kultureller Vielfalt) auszurichten. Die Partnerregionen sehen den Bedarf, die grenzüberschreitende Regionalentwicklung zukunftsfähig auszugestalten und dabei auch weiterhin gemeinsamer Impulse in den Bereichen des nachhaltigen und ressourcenschonenden Wachstums, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und des nachhaltigen Tourismus, der integrierten Meerespolitik, der Umweltpolitik, der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Gesundheitsversorgung, der Verkehrsinfrastruktur und im Zusammenwachsen seiner kulturellen Vielfalt zu setzen:

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee verständigt sich daher auf Entwicklungsleitlinien, damit folgende Vision „Südliche Ostsee der Zukunft“ Wirklichkeit wird:

1. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft kann ihren Energiebedarf aus eigener Kraft decken. Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Die Energieressourcen und Energiepotentiale werden optimal genutzt. Dies wird unter Berücksichtigung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung und insbesondere durch die Zusammenarbeit im Bereich der Erzeugung, Speicherung und Entwicklung der erneuerbaren Energie, der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie durch die Einführung einheitlicher und ostseeweiter Energienetze erreicht.
2. In der Region Südliche Ostsee der Zukunft arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft zur Entwicklung von Innovationen eng zusammen.
3. Die Bewohner der Region der Zukunft nutzen ein vergleichbares hochqualitatives Bildungssystem mit wechselseitig anerkannten Bildungsabschlüssen, Berufs- und Hochschulabschlüssen, das einen erfolgreichen Start auf dem integrierten europäischen Arbeitsmarkt ermöglicht. Dazu gehört auch lebenslanges Lernen, gerade für Menschen über 50. Eine gute Ausbildung und lebenslanges Lernen sorgen für eine gute Work-Life-Balance.
4. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft verfügt über ein hochentwickeltes, multimodales, engmaschiges Verkehrssystem unter besonderer Berücksichtigung der Verbindungen zwischen kleinen und großen Häfen, Hochsee- und Binnenschiffverbindungen sowohl in Bezug auf den Warenverkehr als auch in Bezug auf den Tourismus. Die positive Entwicklung der Wirtschaft wird durch hochmoderne Datennetze unterstützt.
5. Die Menschen der Region Südliche Ostsee der Zukunft leben in einer engagierten Bürgergesellschaft, verfügen über großes soziales Kapital, sind offen und tolerant, sind sich ihrer gemeinsamen Ostsee-Identität bewusst, die geprägt ist durch mehrere Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte und eine enge Zusammenarbeit in der Gegenwart. Dabei respektieren und schätzen sie die unterschiedlichen kulturellen Besonderheiten.
6. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft verfügt über eine optimale, grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Die gesamte Region profitiert von den eigenen, international führenden Standorten für Medizin, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft und arbeitet hier eng zusammen.
7. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft ist eine prosperierende Region, in der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichergestellt ist.

Die Hamburgische  
Bürgerschaft



Silke Vogt-Deppe  
Delegationsleitung der Bürgerschaft

Sejmik der Woiwodschaft  
Westpommern



Kazimierz Drzazga  
Vizevorsitzender des Sejmik

Der Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



Sylvia Bretschneider  
Präsidentin des Landtages

Sejmik der Woiwodschaft  
Pommern



Marek Biernacki  
Vizevorsitzender des Sejmik

Der Landtag  
Schleswig-Holstein



Bernd Voß  
Vorsitzender des Europaausschusses

Sejmik der Woiwodschaft  
Ermland-Masuren



Julian Osiecki  
Vorsitzender des Sejmik